

Drucksache
6849/2014-2020

DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende
Stenner Straße 22
33613 Bielefeld
Mobil: 0171/3436072
E-Mail:
barbara.schmidt@dielinke-bielefeld.de

Ratsfraktion Bielefeld
Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld
Telefon: 0521/51 50 80
Telefax: 0521/51 81 10
E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Bielefeld, 07.06.2018

Antrag zum TOP 5 der Sitzung des Rates am 07.06.2018

TOP 5: Bericht zur aktuellen Situation in der Bürgerberatung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
zum TOP 5 der Ratssitzung am 07.06.2018 stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld bittet Oberbürgermeister Clausen um die Wiedereinführung der alten Öffnungszeiten in den Bürgerberatungen.

Begründung:

Die meisten berufstätigen Menschen können die neuen, extrem knappen Öffnungszeiten (zwei Vormittage von 9.00 bis 12.00 Uhr) der Bürgerberatungen in Brake, Dornberg, Gadderbaum, Hillegossen und Schildesche nicht wahrnehmen und weichen daher in die Bürgerberatungen der Bezirksamter und im Rathaus aus. Entsprechend hohe Zuwächse sind dort zu verzeichnen, mit der Folge von langen Wartezeiten und Stress/Überstunden für die Beschäftigten.

Insbesondere für Berufstätige muss dringend ein zusätzlicher Nachmittagstermin wieder eingerichtet werden. Der ab 1. September 2018 von der Verwaltung für einen Übergangszeitraum (!) geplante Nachmittagstermin von 14.00 bis 16.00 Uhr ist zu knapp bemessen. Wie in der Vergangenheit müsste von 14.00 bis 18.00 Uhr geöffnet sein.

Durch viele zusätzliche Fahrten zu weit entfernten Bürgerberatungen wird mittlerweile unnötiger Verkehr erzeugt, der sich mit den Bielefelder Klimaschutzzielen überhaupt nicht vereinbaren lässt.

Darüber, wie viele Mehrstunden die Beschäftigten leisten müssen und welche Strapazen gerade ältere Bürgerinnen und Bürger mit Handicap und Mütter mit Kinderwagen nur für z.B. einfache Meldebescheinigungen auf sich nehmen müssen, ist im Bericht der Verwaltung wenig zu finden.

Die Ausweitung der Online-Angebote hilft leider nicht allen BürgerInnen, da Ältere oft keinen Zugang zum Internet haben.

Die geringen Einsparungen durch die reduzierten Öffnungszeiten stehen in keinem vertretbaren Verhältnis zu den negativen Beeinträchtigungen für die betroffenen Bürger und Bürgerinnen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Schmidt

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE